

Sallese Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1922 Nr. 41 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 215



Bezugspreis: monatlich 12.12. — ohne Zustelgebühren. Bestellungen nehmen alle
 alle Postämter, Zeitungsverkäufer und andere Anzeigenstellen entgegen.
Verlagsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernamt Zentrale 7801.
Morgen-Ausgabe Mittwoch, 25. Januar
Anzeigenpreis: Die Spalte 10 mm breit und 10 mm hoch 1.00 M. Die Spalte 20 mm breit
 und 10 mm hoch 2.00 M. Die Spalte 30 mm breit und 10 mm hoch 3.00 M.
Verlagsstelle Berlin: Bernauer Str. 30. Fernamt Amt Kurier Nr. 8300
 eigene Ferner-Schriftleitung. — Verlag von Otto Biele, Halle-Saale

Zur innerpolitischen Lage

Im Mittelpunkt der gesamten Politik des Deutschen Reiches steht gegenwärtig noch immer das Reparationsproblem. Im Mai vorigen Jahres teilte die Entente dem Deutschen Reich durch das Londoner Ultimatum gewisse Reparationsbedingungen mit. In den darauffolgenden Monaten verjagte die deutsche Reichsregierung das Londoner Ultimatum zu erfüllen und im vergangenen Dezember zeigte sie der Reparationskommission an, daß sie mit ihren Kräften am Ende angelangt sei und nicht mehr in der vorgeschriebenen Weise weiter erfüllen könne. Ihre Stundungsbitte wurde dann auf der Konferenz des Obersten Rates in Cannes erörtert, und das Ergebnis war, dem Deutschen Reich ein vorläufiges Teilmoratorium zu gewähren unter der Bedingung, daß es innerhalb vierzehn Tagen der Reparationskommission ein Programm über drei Dinge unterbreite: erstens ein „Reform- und Garantieplan“ über den deutschen Reichshaushalt; zweitens einen „Reform- und Garantieplan“ über den deutschen Papiergeldumlauf; drittens ein vollständiges Programm über die Reparationen und Sachlieferungen, die Deutschland in diesem Jahre glaubt leisten zu können. Am 27. Januar läuft die Frist zur Einreichung dieser drei Pläne ab.

Nach der Unterzeichnung des Londoner Ultimatus war das Kabinett Wittich-Mathena der Auffassung, daß wir erfüllen können, wenn wir erfüllen wollen. Zur Durchführung dieser Politik brachte es im vergangenen Sommer ein Steuerprogramm ein, das nicht weniger als fünfzehn neue Steuererlasse direkter und indirekter Art umfaßte. Der Reichszentralrat Dr. Wittich hoffte, damit nicht nur das Defizit des inneren Etats zu beseitigen, sondern auch gleichzeitig die ungeheuerlichen Reparationsleistungen erfüllen zu können. Die Beratung der neuen Steuererlasse in den Ausschüssen nahm jedoch eine ungenügend große Zeit in Anspruch, und ihre Verabschiedung verzögerte sich von Woche zu Woche und von Monat zu Monat. Nach der Konferenz von Cannes aber sieht sich die Reichsregierung vor die Notwendigkeit gestellt, nun innerhalb von vierzehn Tagen eine Parlamentsmehrheit für die neuen Steuern zusammenzubringen, denn eine Auffassung der von der Entente geforderten „Reform- und Garantiepläne“ ist nicht denkbar, solange keine Klarheit und Einigung über die neuen Steuern im Reichstage besteht. Man kann es verstehen, wenn die Verhandlungen darüber bis in alle Einzelheiten geführt werden. Denn noch niemals sind dem deutschen Reich Steuerentwürfe von so einschneidender Wirkung unterbreitet worden, noch nie ist von einem Staat der Welt gefordert worden, Steuern und Abgaben von einem Ausmaß aufzubringen, wie sie hier dem Deutschen Reich zugemutet werden. Galt es nur der Bilanzierung des inneren Etats, so wären diese Schwierigkeiten nicht so ungeheuerlich, wie sie sich unter den Forderungen der Reparationskommission darstellen. Besonders durch die Auswirkungen der Konferenz von Cannes ist das innerdeutsche Steuerproblem der Mittelpunkt der ganzen Reparationsfrage geworden. Die Parlamentsmehrheit, die sich über die neuen Steuern einigt, übernimmt damit auch die Verantwortung für die auswärtige Politik des Deutschen Reiches in den nächsten Monaten oder Jahren.

Das gegenwärtige Kabinett Dr. Wittich ist eine Minderheitsregierung. Es besteht nur aus Zentrum und Reichsbürgerpartei und treibt seine Politik unter dem Wohlwollen der Demokratie und mehr noch der Unabhängigkeit, die das Erfüllungsprogramm geradezu als ihre ungenügende politische Idee in Anspruch nehmen und es ausdrücklich als „Politik Sozial“ bezeichnen. Es ist deshalb nur natürlich, daß zunächst Zentrum und Sozialdemokratie sich bemühen, die Steuerpolitik im Innern neu zu ordnen und auf dieser Grundlage die geforderten „Reform- und Garantiepläne“ fristgemäß einzureichen. Denn Zentrum und Sozialdemokratie sind es gewesen, die den Versailles Vertrag im Jahre 1919 und das Londoner Ultimatum im Jahre 1921 unterzeichnet haben (die Demokraten haben sich beide Male vor der formellen Übernahme der Verantwortung für ihre betriebene Politik gedrückt), ihnen kommt es also in erster Linie zu, nun auch die Folgen ihrer bisherigen Haltung zu tragen. Aber selbst zwischen diesen beiden eigentlichen Regierungsparteien ist bisher keine Einigung über das Steuerprogramm möglich gewesen, obwohl sie sich seit vielen Wochen, insbesondere aber seit Cannes, über ein Kommissionsmitglied, beide Parteien sind sich

Noch keine Einigung in der Steuerfrage!

Aber neue Schwierigkeiten!

Berlin, 24. Januar.
 Die Verhandlungen über die Steuerfrage wurden heute vormittag im Reichstage fortgesetzt. Zunächst traten die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten zusammen, gingen aber auseinander, ohne zu einem Beschluß zu kommen. In der Zentrumsfraktion nahm auch Reichszentralrat Dr. Wittich teil. Am 12. Uhr traten dann die Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokratie, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei zu einer interfraktionellen Besprechung zusammen. An ihr nahmen auch Reichszentralrat Dr. Wittich, Reichsfinanzminister Hermes, Dr. Mathena und Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium teil.
 Gegen 2 Uhr mittags wurde die Sitzung unterbrochen, nachdem ein Interzessionsantrag zur Beratung einer Spezialfrage eingebracht war. Am 6. Uhr wurden die interfraktionellen Verhandlungen wieder fortgesetzt. Statt aber zu einer Klärung der Sachlage gekommen zu sein, sind neue Schwierigkeiten aufgekommen. Die Sozialdemokratie wird zwar von der sogenannten Vertretung der Sachwerte abgegangen, halten aber an dem Gedanken einer Zwangsanleihe fest, da sie überzeugt sind, daß man über lang oder kurz doch dazu kommen müsse. In einem Ermächtigungsgesetz sollen entweder die Subskripte und die Sachwerte für die Aufbringung einer Anleihe genötigt werden, oder die Regierung soll von sich aus eine Anleihe ausgeben, die von der Industrie und den übrigen Sachwertbesitzenden nicht nur verlangt, sondern auch gefordert werden soll. Eine Abwendung der Reichsregierung von der Subskription, die bisher dem Reichstage um mit dem Reichszentralrat über das Problem Rücksprache zu nehmen.
 Es hat sich übrigens herausgestellt, daß nicht nur über das Subskript, die Zwangsanleihe, erhebliche Meinungsverschiedenheiten weiter bestehen, sondern auch über andere Fragen, wie über die Höhe einzelner Verbrauchsteuern, die Umsatzsteuer bei Ge-

werbschaften, die Bewertung der Grundstücke bei der Bemessung der Vermögenssteuer.
 Von parlamentarischer Seite wird vermerkt, daß die Lage nach wie vor außerordentlich kritisch sei, doch will man alles aufheben, um bis morgen mittag zu einer Einigung zu gelangen.

Vertagung der Steuerauschnitte

Ueber die Vertagung der Steuerauschnitte liegen folgende Nachrichten vor:
 Sofort nach Eröffnung des 11. Ausschusses wurde aus der Mitte der Kommission die Vertagung beantragt.
 Abg. Dr. Heffterich (DnL) widersprach dem Vertagungsantrag. Die Vertagung der Steuerauschnitte sei von dem Zentrum ausgegangen. Er habe die Vertagung umso mehr begrüßt, als die Deutschnationale Volkspartei als die einzige der Parteien, die bei der ersten Vertagung der Steuererlasse positiv mitgearbeitet hätten, zu den Verhandlungen der letzten Zeit nicht zugelassen worden sei. Er habe von der Sitzung des Ausschusses für alle Fälle eine Klärung des Standes der Steuerauschnitte erwartet und müsse auf dieser Klärung bestehen.
 Abg. Bernheim (Reichsbürgerpartei) erklärte, die Verhandlungen hätten keinen Zweck, da die bisherige Verhandlung in unter den Parteien noch nicht zu einem Ergebnis geführt hätten. Die Frage der Bewertung der Sachwerte durch Erfindung der Sachwerte oder Zwangsanleihe und Befreiung der Frage der Wertermittlung (gemeiner Wert oder Ertragswert) seien immer noch freilich.
 Dr. Heffterich erklärte, diese Befreiung des Sachwertes negativen Ergebnisses aller bisherigen Parteiverhandlungen lasse allerdings auch ihn für den Augenblick ein weiteres Ziehen des Steuerauschnittes überflüssig erscheinen.
 Der Ausschluß beschloß die Vertagung.
 Deswegen wurden die Ausschüsse für Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Steuerfragen und Verbrauchsteuern, ebenso der Ausschuß für Wahlrecht und Wahlverfahren, ebenso der Ausschuß für Verbrauchsteuern von den bürgerlichen Parteien unter dem Widerdruck der Sozialdemokratie angenommen werden sollten. Beim Gelingen dieses bannschweren Votums hätte die Sozialdemokratie in der Regierung bleiben und den von ihr sehr geschätzten Reichszentralrat Dr. Wittich erhalten können, andererseits aber würde sie dadurch in der Lage gewesen, sich den Massen gegenüber wieder als die Partei aufzuweisen, die dem Kapitalismus hart zuleibe gehe, die Lebenshaltung der Massen durch Verbrauchsteuern aber verhindern wollte, während die bürgerlichen Parteien zwar die Massen belästeln, den Volk aber geschont hätten. Da die Deutschnationale eine solche Zustimmung naturgemäß zurückweisen, war die Regierung gezwungen, für das gesamte Steuerprogramm eine möglichst einheitliche Mehrheit zu finden. Es mußten nun Kompromißverhandlungen eingeleitet werden, zunächst zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, den beiden Parteien, die seit Versailles die Abwärtstendenz des Deutschen Reiches auf dem Gewissen haben.
 Bei diesen Kompromißverhandlungen sah sich die Sozialdemokratie von Anfang an in einer Zwangslage. Sie, die ausgeprobenste Erfüllungspartei, war einerseits genötigt, dem Urteil der Entente über die steuerlichen Verhältnisse Deutschlands Rechnung zu tragen, das darin ging, daß die Besitz- und Vermögenssteuern in Deutschland hoch genug, zum Teil schon zu hoch seien, daß dagegen die Verbrauchsteuern bedeutend erhöht werden müßten, da es den deutschen Arbeitern nach dem Versailles Vertrag nicht besser gehen dürfe als den Arbeitern in irgend einem der Staaten, die den Versailles Vertrag unterzeichnet haben. Andererseits aber wollte sich die Sozialdemokratie von den Unabhängigen und Kommunisten nicht den Vortritt machen lassen, daß sie durch ungenügende Verbrauchsteuern die Lebenshaltung der Massen herabdrücke, während die Lebensbedingungen der „besseren Massen“ durch die neuen Steuern nicht wesentlich verändert würden. In dieser Zwangslage glaubte die Sozialdemokratie darin einen Ausweg zu sehen, daß sie erklärte, den hohen Verbrauchs- und Vermögenssteuern nur zustimmen zu wollen, wenn auch der Besitz ein „sichtbares Opfer“ bringe. Tatsächlich aber hat die Sozialdemokratie den Verbrauchsteuern unter dem Einfluß der Entente bereits zugestimmt, und die ganze Vertagung ist nur noch darauf gerichtet, das Zentrum zur Zustimmung zu einem irgendwie gearteten „sichtbaren Opfer des Besitzes“ zu bewegen.
 Dies „sichtbare Opfer“ wurde zunächst in einer Sonderbestimmung der „Goldrente“ bzw. der „Einkommensteuer“ erblickt, wodurch ein Teil des gesamten Arbeitereigentums in den Besitz des Staates übergeführt werden sollte — und das mit in den Besitz der Entente, da nach dem Versailles Vertrag der gesamte Besitz des Reiches und der Länder für die Reparationsforderungen der Entente verfügbar ist. Durch den

der Schwere der jetzt zu treffenden Entscheidungen durch- und beide jedoch deshalb sowohl wie möglich Milderbedeutung. Aus parteipolitischen Erwägungen möchte die Sozialdemokratie die Unabhängigen dafür gewinnen, die Verantwortung für die neuen Steuern mit zu übernehmen, da diese ja an sich die Politik der Erfüllung unterstützen, also die Steuerentwürfe zu gestalten, daß sie die Zustimmung der Nachbarpartei zu finden können, während andererseits das Zentrum die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu Mittglidern zu machen bemüht ist. Zentrum wie Sozialdemokratie gehen bei ihren Kompromißverhandlungen mit der größten Vorsicht zu Werke, um sich nicht einseitig festzulegen und sich zurückziehen zu können, falls die auf Grund der Steuerentwürfe und Reparationspläne erstrebte Große Koalition von Stresemann bis Crippien nicht zustande kommen sollte. In diesem Falle beabsichtigt das Zentrum, alle nichtsozialistischen Parteien zu einer Kabinettsregierung zu vereinen. Auf seinem letzten Parteitag hat es sich auch hierzu alle Wege offen gelassen, wie dem tiefer Parteitag überhaupt keine künftige Haltung in ein kaum zu durchdringendes Dunkel gehüllt hat. Die Sozialdemokratie aber gedachte in diesem Falle Neuwahlen zum Reichstage herbeizuführen, weil sie glaubte, unter der Parole „Der Besitz drückt sich vor dem Besahnen“, eine sozialistische Mehrheit, gestützt auf den linken Flügel des Zentrums, für die bisherige Erfüllungspolitik gewinnen zu können. Mehr und mehr aber läßt sie merken, daß ihr ein solcher Entschluß außerordentlich schwer fallen würde, da die Aussicht auf eine sozialistische Mehrheit nach dem Mißerfolg von Cannes äußerst zweifelhaft ist. Ein Austritt aus der Regierung im Falle des Versinkens auf Neuwahlen aber würde für die Sozialdemokratie noch weniger in Frage kommen, da ein solcher Schritt alle Neigungen und Ziele der Partei für lange Zeit zunichte machen müßte, ihre maßgebenden Funktionen auch bereits viel zu weit mit der Staatskrise verflochten sind, als daß sie eine rein nichtsozialistische Regierung leisten können. So drängt in der Sozialdemokratie, obwohl sie bemüht ist, sich in der parteipolitischen Agitation nicht von den Unabhängigen des Volk abtragen zu lassen, doch alles auf eine Verständigung mit dem Zentrum hin. Beide Parteien sind der Ansicht, daß sie schon die erforderliche Unterfertigung von links oder rechts finden werden, wenn sie nur selbst sich erst über die neuen Steuern geeinigt und damit einen Kern geschaffen haben, um den staatliche Stellenfolger sich dann mit ihren Parteionabhängigen gruppieren können.
 Da das Steuerprogramm aus direkten und indirekten Steuern besteht, hatte die Regierung auf Anregung der Sozialdemokratie zunächst versucht, es mit wesentlichen Mehrheiten durchzuführen. Die Besitzsteuern wollten die sozialistischen Parteien annehmen, während die Verbrauchs-

und Verbrauchsteuern von den bürgerlichen Parteien unter dem Widerdruck der Sozialdemokratie angenommen werden sollten. Beim Gelingen dieses bannschweren Votums hätte die Sozialdemokratie in der Regierung bleiben und den von ihr sehr geschätzten Reichszentralrat Dr. Wittich erhalten können, andererseits aber würde sie dadurch in der Lage gewesen, sich den Massen gegenüber wieder als die Partei aufzuweisen, die dem Kapitalismus hart zuleibe gehe, die Lebenshaltung der Massen durch Verbrauchsteuern aber verhindern wollte, während die bürgerlichen Parteien zwar die Massen belästeln, den Volk aber geschont hätten. Da die Deutschnationale eine solche Zustimmung naturgemäß zurückweisen, war die Regierung gezwungen, für das gesamte Steuerprogramm eine möglichst einheitliche Mehrheit zu finden. Es mußten nun Kompromißverhandlungen eingeleitet werden, zunächst zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, den beiden Parteien, die seit Versailles die Abwärtstendenz des Deutschen Reiches auf dem Gewissen haben.
 Bei diesen Kompromißverhandlungen sah sich die Sozialdemokratie von Anfang an in einer Zwangslage. Sie, die ausgeprobenste Erfüllungspartei, war einerseits genötigt, dem Urteil der Entente über die steuerlichen Verhältnisse Deutschlands Rechnung zu tragen, das darin ging, daß die Besitz- und Vermögenssteuern in Deutschland hoch genug, zum Teil schon zu hoch seien, daß dagegen die Verbrauchsteuern bedeutend erhöht werden müßten, da es den deutschen Arbeitern nach dem Versailles Vertrag nicht besser gehen dürfe als den Arbeitern in irgend einem der Staaten, die den Versailles Vertrag unterzeichnet haben. Andererseits aber wollte sich die Sozialdemokratie von den Unabhängigen und Kommunisten nicht den Vortritt machen lassen, daß sie durch ungenügende Verbrauchsteuern die Lebenshaltung der Massen herabdrücke, während die Lebensbedingungen der „besseren Massen“ durch die neuen Steuern nicht wesentlich verändert würden. In dieser Zwangslage glaubte die Sozialdemokratie darin einen Ausweg zu sehen, daß sie erklärte, den hohen Verbrauchs- und Vermögenssteuern nur zustimmen zu wollen, wenn auch der Besitz ein „sichtbares Opfer“ bringe. Tatsächlich aber hat die Sozialdemokratie den Verbrauchsteuern unter dem Einfluß der Entente bereits zugestimmt, und die ganze Vertagung ist nur noch darauf gerichtet, das Zentrum zur Zustimmung zu einem irgendwie gearteten „sichtbaren Opfer des Besitzes“ zu bewegen.
 Dies „sichtbare Opfer“ wurde zunächst in einer Sonderbestimmung der „Goldrente“ bzw. der „Einkommensteuer“ erblickt, wodurch ein Teil des gesamten Arbeitereigentums in den Besitz des Staates übergeführt werden sollte — und das mit in den Besitz der Entente, da nach dem Versailles Vertrag der gesamte Besitz des Reiches und der Länder für die Reparationsforderungen der Entente verfügbar ist. Durch den

Der Streit um die Schule

Neue Adolph Hoffmann-Blüten

Deutscher Reichstag

u. Berlin, 24. Januar.

Am 1 Uhr mittags wird die Sitzung eröffnet.
Das Haus erhebt zunächst kleine Anfragen. Auf eine Anfrage des Abg. Wulke (D.) gibt ein Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß angefragt für den allgemeinen Tag und die Anwesenheit der Mitglieder die Entsch. es leider nicht möglich ist, Frist und Verordn. mit Stößen zu verfahren. — Weiteren folgt es hier, eigentlich nur an Qualitätssache. Auf eine Anfrage des Abg. Wulke (D.) gibt ein Regierungsvertreter Auskunft über die zu gründende Versuchsschule für Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Alle Interessentenverbände, Kaufmännische, Konsumvereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden daran beteiligt. Das Reich erhält 25 Prozent Beteiligung.

Gebannt wird die Beratung des Reichsschulgesetzes fortgesetzt.
Abg. Ruzer (L. S.) behauptet, daß nur der Geistlichkeit, nicht aber die Lehrer und die Elternhaft vorher befragt wurden. Der Entwurf bedeutet die Auslieferung der Schule an die Kirche. Der Religionsunterricht soll den ganzen Schulpfad beherrschen. Das wäre ein Verbrechen an den Seite der Kinder, die keine Verantwortung über den Entwurf zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Welp (D.) Die geistliche Debatte hat gezeigt, wie tief leider noch immer die Festsitzungen der Gegenseite gehen. Nicht des Staates ist es, die Schulerziehung nicht nur als Richter, sondern als Träger zu übernehmen. Wie verhält sich dieser Entwurf des Staatsschulgesetzes mit dem alten Bildungsgesetz? Es wird nicht die frühere Volksschule wieder angelehrt, sondern auch der Unterricht in anderen Fächern. Die geistliche soll funktionell beeinflusst werden. Wir wollen den Religionsunterricht nicht schlichten, aber es gibt auch noch andere Fächer, die geistlich und kirchlich sind. Die Schulpfad ist ein einheitliches, das geistliche soll nicht beeinträchtigen. Rechte und Pflichten zwischen Staat, Kirche und Familie müssen aber genau abgegrenzt werden. Unser Ziel ist die nationale Einheitschule.

Staatsschulgesetz. Es ist diesem Gesetz, das aus schwerer politischer Not entstanden ist, in der ersten Linie der Minister und nicht der Delegation der Reichsversammlung. Dieser Entwurf des Reichs ist über den Entwurf befragt worden. Die Regierung hat gesagt, einen Ausgleich zu finden. Wir wollen den Religionsunterricht nicht schlichten, aber es gibt auch noch andere Fächer, die geistlich und kirchlich sind. Die Schulpfad ist ein einheitliches, das geistliche soll nicht beeinträchtigen. Rechte und Pflichten zwischen Staat, Kirche und Familie müssen aber genau abgegrenzt werden. Unser Ziel ist die nationale Einheitschule.

Abg. Frau Lang-Strumann (S. W.) kann sich von der Gemeinschaftliche kein rechtliches Bild machen. Die Forderung, daß der Entwurf für die Reichsversammlung, die geistliche soll nicht beeinträchtigen. Rechte und Pflichten zwischen Staat, Kirche und Familie müssen aber genau abgegrenzt werden. Unser Ziel ist die nationale Einheitschule.

Abg. Frau Jellin (S. W.) hält die Vorlage für verfehlt. Die Regierung lobt das aufzuführende Volksschulgesetz, das geistliche soll nicht beeinträchtigen. Rechte und Pflichten zwischen Staat, Kirche und Familie müssen aber genau abgegrenzt werden. Unser Ziel ist die nationale Einheitschule.

Staatsschulgesetz. Es ist diesem Gesetz, das aus schwerer politischer Not entstanden ist, in der ersten Linie der Minister und nicht der Delegation der Reichsversammlung. Dieser Entwurf des Reichs ist über den Entwurf befragt worden. Die Regierung hat gesagt, einen Ausgleich zu finden. Wir wollen den Religionsunterricht nicht schlichten, aber es gibt auch noch andere Fächer, die geistlich und kirchlich sind. Die Schulpfad ist ein einheitliches, das geistliche soll nicht beeinträchtigen. Rechte und Pflichten zwischen Staat, Kirche und Familie müssen aber genau abgegrenzt werden. Unser Ziel ist die nationale Einheitschule.

Abg. Hoffmann (S. W.) bemerkt im Hinblick darauf, daß Staatssekretär Schulz sich seinen Vorkurs habe abzuholen lassen, man müsse nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich von ihm lassen. Wenn ich mich hätte Dir veranlaßt, sich innerlich bei dem Zentrum für mich gewonnen. Religionenunterricht müssen die Eltern ihren Kindern nicht mehr erteilen lassen, aber nicht in der Schule. Einmal mit der Schule aus dem Schulz ist Monner sich gegen die kirchliche Geistlichkeit, auf Rawerz (D.) ihm zu: Und wollen Sie aber an den Entschluß hängen! Hoffmann: Nein, das wäre falsch um den Geist. Hoffmann wird zur Ordnung gerufen. Er läßt fort: Wir können

leinen, wir wollen ihnen das Schreiben liefern (Schulden des Reichs). Das ist die größte Sorge. Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an den Bildungsausschuß.

Morgen nachmittags 1 Uhr Interpellation, kleinere Vorlagen, Anschlußberichte.

Eine bedeutende Rede Noskes

Carburg, 24. Januar.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Noske, hielt auf der Kreisversammlung der Sozialistischen Partei eine Rede, in der er u. a. ausführt:

Man dürfe sich nicht über die Größe der internationalen Bewegung täuschen, hinter den Neben französischen Sozialisten ständen nicht und bis zu einer sozialistischen Bewegung im Ausland sei noch ein sehr weiter Weg. Bei allen Verhandlungen in Washington ist nichts herausgekommen. Man dürfe in Deutschland nichts auf die Gegenseite zwischen Frankreich und England geben. Deutschland ständen aus so Tage vermehrter Sorge bevor. Das Zusammenarbeiten mit dem Zentrum sei genau so gefährlich wie mit der Deutschen Volkspartei, denn es drohe eine nicht zu unterschätzende Aufspaltung der Staatsmänner. Jetzt müsse es einpaar mit allen Sozialisierungsbestrebungen, solange der aldenischen Jugend nicht gewonnen sei. Die Anspannung der Steuern nicht mehr. Die Leistungslosigkeit der Steuerzahler sei bereits überschritten. Es sei falsch, zu glauben, die Reichsregierung nicht. Zu einer Reichsstaatsauslösung zu treiben, sei gefährlich, denn die Reichsregierung werden wieder aufgeben, die Demokraten zerfallen, aber die Reichsparteien zusammen.

Die Kreisversammlung beschloß mit allen gegen vier Stimmen, Noske für die nächste Reichstagswahl als Spitzenkandidat für die sozialistische Liste aufzustellen.

Eine Forderung Amerikas

London, 24. Januar.

Die Sektion Vereinigte Staaten der Interamerikanischen Oberkonferenz, deren Vorsitzender Hoover ist, hat einen Bericht veröffentlicht, worin es heißt: Bevor ein endgültiger Fortschritt in der Richtung einer dauernden wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas oder der Welt erreicht werden kann, müssen zwei Hauptprobleme gelöst werden:

1. Die Neuordnung der deutschen Reparation auf einer Grundlage innerlich der praktischen Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes.

2. Die Verankerung der von bestimmten Nationen auf dem europäischen Kontinent noch angedrohten bewaffneten Streitkräfte.

Times' sagt hierzu, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Teile des amerikanischen Volkes mit dieser Erklärung vollkommen übereinstimmen. Der amerikanische Präsident und das Kabinett, beide Schüler des Kongreßes, die Handelskammer, die Bankiers, Vertreter der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft — sie alle teilen der Ansicht, daß dies die Bedingungen für die Wiederherstellung der Welt seien, und daß nur diese Bedingungen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genoa ermöglichen. Der Times' Berichterstatter weist darauf hin, daß der oben erwähnte Bericht der Presse zur Veröffentlichung übergeben wurde unmittelbar nach der Erklärung Poincaré's, daß Deutschland die gesamte Summe bezahlen müsse, und daß die Teilnahme Frankreichs an der Konferenz von Genoa von der Berücksichtigung abhängen werde, daß die Konferenz sich nicht mit der Frage einer Abänderung des Friedensvertrages von Versailles befaße.

Barenberg's Föhne

Roman von Nora Bergmann

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Duxner, Berlin.

Frau Barenberg, der geistlichen Anwesenheit im tiefsten Grunde ihres Seins jenseitig, müßte jetzt eine höchst unverständliche Vorstellung der gesamten Anwesenheit der sogenannten „Ehrenplätze“ über sich ergehen lassen und landete endlich auf einem Platz zwischen Frau Dentz' Knecht, der „liebsten“ Kränzenfreundin der Frau Knecht's Tochter, der Barenbergs und Ulrike, während Frau Geheimrat Jänich, entschieden künftiger als Frau Barenberg veranlagt, sich schon in eifriger Unterhaltung mit Frau Wendt Knoblauch befand.

Nach ganz demselben Lichte Frau Elisabeth der einleitenden Anrede des ersten Barons von St. Annen, Pastor Solle, der in kurzen, fernsten Worten um ein freundliches Geßör für die junge Diätlerin, Rieta Haberberg, bat.

Und dann lobt Frau Barenberg plötzlich eine junge Mädchengestalt im schlichten, weißen Muffelkleid und matterer Seidenhaube. Langes, gelbes blondes Haar fiel in dünnen, natürlichen Wellen über den Rücken. Sehr bleich war das Gesichtchen. Doch auf einmal erhob sich eine jubelnde, junge Stimme, „mein altes Herz, frohlocke, Frau Knecht“, erkante die herrliche Rantole Robann Sebastian Bachs, von Pastor Solle auf dem Harmonium begleitet.

Reiz öffnete sich die Tür. Ein verheirateter Gast, Eberhard Barenberg brüllte tief tief in eine Ritze des Saales, Wunderbar ersehnter Klang die Stimme des Sonnenjünglings aus ihm herüber. War das noch das Kind, das neulich allseitig vor Freude durch das Atelier getaumelt?

Und während Rieta nun, letzte sich eine hohe Wite auf das sonst so bloße Gesicht, die dunklen Augen betamen einen wunderbaren Glanz. Voller Entzücken schaute Eberhard zu dem reißend frohenhaften, jungen Wesen hinüber. Jähherab von kommender Jugend und Schönheit durch sein Herz. — — —

Wie ein Mann lag es über allen, als Rieta sich über dann brach plötzlich ein tosender Beifall los. Es be-

durfte keiner besonderen Musikkenntnis, um heranzuhören, daß hier eine Stimme, wenn auch noch ungeschult, so doch von tellener Schönheit gelang.

Unwillkürlich mußte Eberhard an jenen Weihnachtsabend zurückdenken, wo das Sonnenjüngling ihm zum erstenmal das einfache „Guten Abend“ nach dem Probans vorgelesen. Das schönste Kind, das Rieta damals eine unendlich liebliche Stimme, so daß Eberhard seitdem öfters mit der Kleinen musizierte. Und endlich vor Jahr und Tag hatte Frau Barenberg denn auch Rieta's Ditten nachgegeben und ihr bei dem berühmten Dirigenten, Doktor Wahn, Klavierunterricht geben lassen.

Nur zu ungeren los das alte Fräulein Lemke ihre Lieblichschülerin schenken, war aber schließlich doch einschüßlich genug, um einzuflehen, daß ihre schwachen Kräfte dem jungen, aufstrebenden Talent nicht mehr gewachsen.

Nach dem Gelange trat eine kurze Pause ein. „Wer war denn eigentlich diese reizende Mädchen?“ hörte Frau Barenberg dicht hinter sich eine Stimme — und dann eine unbestimmte Antwort.

„Mama“, wandte sich plötzlich Ulrike an ihre Mutter, „das Kind hat eine wunderbare Stimme, und Eberhard hat recht, sie wird gewiß noch einmal sehr hübsch werden.“ — Ulrike war ganz entzückt.

Frau Barenberg entgegnete kein Wort. Doch innerlich wollte in ihr in dieser Stunde eine heisse Fühllichkeit auf. Es war ein eigentliches Verhältnis zwischen Großmutter und Enkelin. Rieta etwa, daß Frau Barenberg je unfreudlich zu der Kleinen Rieta gewesen, aber alle Liebe, die sie schon einmal, für kurze Zeit für dieses ertornete Kind, zu empfinden gelernt, schien mit dem Zuge von Rieta's Liebe ausgelöscht. Da der Herzen der Verheirateten Frau lobte nun einmal etwas wie eine gewisse Fremdheit gegen das einjüngliche Entzücken, betrachtete sie dieses doch als die aller lieblichste Ursache an dem Lobe der Tochter.

Nur zu oft fühlte sich daher das bewundernde Mädchen vereint mit dem tiefen leidenschaftlichen Liebe hing Rieta beschon an Eberhard.

Aber was für ein tiefes Verständnis besaß dieser auch für die junge, empfindliche Rinderle. Zu ihm konnte Rieta stets kommen mit ihren kleinen Sorgen, immer fand

sie ein williges Ohr. Ja, Eberhard hatte das keine Schmeitler gegebene Verprechen erfüllt und ganz erfüllt.

Wie ein Vater sorgte er für das erst in Wirklichkeit nach der Schwester Liebe ganz und gar vermehrte Kind. —

Konstante eine Zeit der Vorhabe auf und nun kam endlich der Glanzpunkt des Lebens: das Theaterstück. Alle jungen Schwestern, Rieta mit einem wahren Feuerer, und unwillkürlich wurden die Teilnehmer durch und fortgerissen. Das ganze hätte gewiß an einem großen Erlöse für die junge Diätlerin werden können, wenn nicht aus Schluß der Ungelehr, von den Kindern der Sonntagsschule gestellt, falsch eingeleitet. Und soviel Mühe sich auch Rieta anstrebte und Rieta gab, durch Mühen ihre kleinen, verlorenen Söhne, in diesem Falle Tochter, wieder auf den richtigen Weg zu führen, die kleinen Enten sangen fortwährend zur Verwirrung aller Zuhörer. Macht doch die Tür, die Tür macht mich, es kommt der Herr der Herrlichkeit, zwei Töne zu tief.

Da löste sich die tolle Graffheit in eine stille Beizeit aus. Aber trotzdem war es ein sehr gelungener Abend.

Nach so ganz Rieta der Großmutter die Hand zur „alten Rieta“ fühlte, so diese zum erstenmal nach Jahren das junge Mädchen in ihre Arme und küßte leise und zärtlich die Stirn.

Dieser Rieta aber dünkte Rieta als das höchste Lob, das ihr am künftigen Abend nicht geworden und mit einem allseitigen Beifall schloß sie ein. — — —

„Was soll nun werden“, konnte ein paar Tage darauf Frau Barenberg zu ihrem Sohne. Enten verläßt Rieta die Schule und übers Rohr los ist erst einmaler werden.“ Es war unmittelbar nach dem Mittagessen und Rieta war mit Erlaubnis der Großmutter schon aufgestanden.

„Ja, Eberhard, was soll nun werden“, wiederholte Frau Barenberg, „erwarten ist sie noch nicht mit der Schule oder fertig, ich weiß nicht, was ich mit ihr anfangen soll.“ — „Da es Vormittag muß nun bestimmen.“ —

Nach einem hübschen fröhlichen „Mama, du erweist mich“, hatte Eberhard sich eine Zigarette angezündet. Einemal blühte er den blauen Ringen nach. (Fortsetzung folgt.)

